

Soziale Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Zum normativen Gehalt materieller Deprivation

Gottfried SCHWEIGER

ABSTRACT

The issue of global poverty is one of utmost importance and has gained increasing attention from political and social philosophy. In philosophical literature, severe forms of poverty and inequality between rich and poor countries are central, while ‘relative’ poverty, which is common in richer countries, has gained much less attention. In an attempt to fill this gap, I will explore the philosophical substance of poverty and social exclusion in the context of welfare states. I discuss David Miller’s theory of social justice and the concept of material deprivation as it is used by the European Union. My main assumption is that material deprivation is socially unjust because it violates the three principles of social justice: need, desert, and equality. This finding will be explored on a theoretical level as well as considering empirical insight. Against this background, I will conclude with remarks on the possible contribution of social and political philosophy to poverty research.

KEYWORDS

social justice, poverty, material deprivation, David Miller

EINLEITUNG

Armut ist ein weltweites Problem, unter dem Hunderte Millionen Menschen, vor allem in den sogenannten unterentwickelten und sich entwickelnden Ländern, leiden. Nach neueren Schätzungen der Weltbank leben 2,5 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar am Tag und die UNO zählt 884 Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser (WHO und UNICEF

Gottfried SCHWEIGER, Center for Ethics and Poverty Research, University of Salzburg.
E-mail: gottfried.schweiger@sbg.ac.at

2010; WORLD BANK 2011). Der normative Gehalt dieser Zahlen und anderer mit Armut verbundenen Leiden wie Hunger, frühe Sterblichkeit oder fehlender Zugang zu sanitären Anlagen ist mittlerweile unbestritten. Die Philosophie hat sich diesen Problemen in den letzten Jahren verstärkt angenommen und die Diskussion um eine globale Ethik, globale Verantwortung und globale Gerechtigkeit vorangetrieben (POGGE und MOELLENDORF 2008). Trotz aller Diskrepanzen und offener Fragen im Detail ist dadurch umso klarer geworden, dass die weltweite Verbreitung von Armut nicht bloß ein politisches, ökonomisches oder sozialtechnisches, sondern ein normatives Problem, ein ethisches Übel, ist und entsprechende koordinierte und massive Anstrengungen zu seiner Beseitigung unternommen werden müssen (MACK, SCHRAMM, KLASSEN und POGGE 2009). Eine Philosophie der Armut kann damit als ein essentieller Bestandteil der politischen, normativen Philosophie betrachtet werden. Armut ist nun jedoch nicht nur ein Problem in den Formen der absoluten Armut, also solchen Formen, die die Betroffenen in ihrer physischen und psychischen Existenz direkt bedrohen, weil ihnen die grundlegendsten Güter, Ressourcen und Fähigkeiten fehlen.

In Wohlfahrtsstaaten wie den Ländern der Europäischen Union, den USA oder Japan existiert Armut vor allem in den Formen der relativen Armut, also in Formen, die in Bezug auf die jeweilige Gesellschaft bestimmt werden. Auch wenn die Diskussion um die Differenz und Einheit von absoluter und relativer Armut — also dass auch absolute Armut eine relative Komponente und relative Armut eine absolute Komponente besitzt — noch nicht abgeschlossen sind, wie es überhaupt kein einheitliches Konzept von Armut innerhalb der Forschung gibt, so ist diese Unterscheidung doch eine grundlegende und besitzt deskriptive wie auch explikative Kraft (ALCOCK 2006). Thema dieses Beitrags ist nun also die relative Armut, genauer die Frage, welchen normativen Gehalt relative Armut besitzt. Damit schließe ich an einen Beitrag von Christian Neuhäuser an, der vorgeschlagen hat, Armut als dreistellige Relation zu verstehen (NEUHÄUSER 2010). A hat im Verhältnis zu M zu wenig G. Während absolute Armut dann dadurch gekennzeichnet ist, dass Menschen zu wenig in Bezug zu irgendeinem guten Leben haben, ist relative Armut dadurch gekennzeichnet, dass Menschen zu wenig in Bezug zu einem guten Leben in einer konkreten Gesellschaft haben. In beiden Fällen ist Armut entwürdigend. Relative Armut ist weiters, wie Neuhäuser und Julia Müller in einem neueren Artikel ausführen, auch dann moralisch falsch, wenn sie selbstverschuldet ist.

But even if it is true that some people are relatively poor due to their own fault, society still has reason to end their poverty. This is because relative poverty is not a problem of fairness but a problem of decency. A decent society does not tolerate that its members are humiliated. [...] A decent society, therefore, has to end relative poverty no matter why it exists (NEUHÄUSER und MÜLLER 2011: 170–171).

Dieser Beitrag teilt generell diese Einschätzung, widmet sich dem Problem der relativen Armut jedoch aus einer anderen sozialphilosophischen Perspektive und bezogen auf ein konkretes Konzept von relativer Armut. So aufschlussreich Neuhäusers Explikation des Armutskonzeptes ist, so ungeklärt lässt es zumindest zwei Fragen. (a) Welche konkreten Ressourcen, Fähigkeiten oder auch Rechte fehlen bei relativer Armut? Die eigentliche Frage der Armutsforschung, nämlich die Schwierigkeiten der Operationalisierung und die Anwendung von geeigneten Indikatoren für relative Armut, bleibt somit unbeantwortet. (b) Wie können konkrete politische und sozialwissenschaftliche Konzepte von relativer Armut, also etwa jenes der sozialen Exklusion, bewertet werden? Die Frage, was es nun bedeutet, dass jemand im Rahmen European Community Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) als arm bezeichnet wird, bleibt ebenso offen, da unklar ist, ob sich darin wirklich ein zuwenig an Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben ausdrückt.

Beide Fragen beziehen sich also auf die notwendige Spezifizierung von relativer Armut. So könnte es durchaus sein, dass innerhalb der Armutsforschung oder der Sozialpolitik Konzepte von relativer Armut angewendet werden, die nicht entwürdigend sind oder zumindest teilweise Indikatoren enthalten deren normativer Gehalt umstritten ist. Ein solches Beispiel wäre etwa der verbreitete Indikator der Arbeitslosigkeit, der zwar für viele Betroffene mit weitreichenden materiellen, psychischen und sozialen Problemen verbunden ist, für einen reichen Erben allerdings durchaus der selbst gewählte und in der Öffentlichkeit bewunderte Lebensstil sein kann. Solche Menschen sind wohl nicht arm, selbst wenn die Armutsforschung sie als arm misst. Brian Barry hat auf eine solche Schwierigkeit in Bezug auf das Konzept der sozialen Exklusion aufmerksam gemacht, in dem er den freiwilligen Rückzug von wohlhabenderen Schichten thematisierte (BARRY 2002). Eine Kritik bzw. kritische Perspektive auf die Politik der Armut bedarf also eines präziseren Fokus.

Dieser Beitrag wird sich daher einem konkreten in der Sozialpolitik verankertem Konzept von relativer Armut zuwenden und zwar jenem der materiellen Deprivation (ATKINSON und MARLIER 2010b; NOLAN und WHELAN 2010). Und er wird dies aus der Perspektive einer normativen Theorie tun, nämlich David Millers Grundsätze der Gerechtigkeit (HONNETH 2008; MILLER 2008). Damit sind zwei Ziele verbunden: (a) Millers Ansatz wird für ein konkretes soziales und weitreichendes Problem fruchtbar gemacht und andererseits (b) wird der Austausch zwischen sozialwissenschaftlicher bzw. sozialpolitischer und philosophischer Theorie vorangetrieben. Die Beschränkung auf den Ansatz von Miller folgt drei Gründen: (a) Der erste Grund ist methodischer Natur, da es praktikabler und für eine eingeschränkte Analyse auch vorteilhafter ist, sich auf eine, in sich ohnehin komplexe, Theorie zu konzentrieren, anstatt sich der Vielfalt der politischen Philosophie und Gerechtigkeitstheorie anzunehmen. (b) Der zweite Grund hat systematisches Gewicht. Bisher wurde

Miller vor allem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um Nationalismus und Kosmopolitismus zur Armutsfrage rezipiert bzw. hat er sich selbst dazu geäußert (BELL und DE-SHALIT 2003; MILLER 2007). Zu Fragen der relativen Armut, sozialen Exklusion oder eben materiellen Deprivation liegt noch keine systematische Analyse vor. (c) Der dritte Grund schließlich ist die Überzeugung, dass Millers Theorie besonders produktiv für eine philosophische Auseinandersetzung mit dem Thema der materiellen Deprivation ist. Weiters kann die Fruchtbarkeit der Verknüpfung von sozialwissenschaftlichen und philosophischen Erkenntnissen deutlich gemacht werden, die für Millers Theorie ebenso bedeutsam ist. Das Vorhaben dieses Beitrags ist dabei eingeordnet in die Intention einer verstärkten philosophischen Auseinandersetzung mit den Prozessen von Armut, Marginalisierung und sozialer Exklusion in Wohlfahrtsstaaten und deren kritische Durchdringung. Sozialphilosophie wie auch politische Philosophie — sofern man beide wirklich trennen will — kann und sollte hier ihr Potenzial sowohl auf Ebene der Theorie, der Kritik als auch der Entwicklung von Lösungen einbringen.

Kernpunkt des Beitrags ist nun die Entwicklung und Verteidigung der These, dass materielle Deprivation sozial ungerecht ist, weil durch sie die drei Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verletzt werden. Die Explikation dieser These erfolgt nun im Rahmen von drei Abschnitten: (a) Im ersten Abschnitt wird das Konzept der materiellen Deprivation im Zusammenhang mit anderen Konzepten von Armut vorgestellt und ein Überblick über die Verbreitung von materieller Deprivation in Europa gegeben; (b) Im zweiten Abschnitt wird der normative Gehalt von materieller Deprivation entlang von Millers drei Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, Bedarf, Verdienst und Gleichheit, dargelegt. Dabei werden auch einzelne empirische Erkenntnisse zu materieller Deprivation herangezogen, die die theoretische Explikation stützen sollen. Eine weitere Konklusion wird hinsichtlich des kritischen Potenzials dieser Theorie für die Armutsforschung insgesamt gezogen, dass diese die Perspektive eröffnet, die kritische Funktion der Armutsforschung insgesamt stärker zu machen und hinsichtlich ihres Fragehorizontes zu öffnen.

ARMUT UND MATERIELLE DEPRIVATION

Es gibt weder in der Armutsforschung noch in den relativen Politikbereichen eine einheitliche Definition von Armut und auch keine einheitliche Definition von absoluter oder relativer Armut. Noch immer stehen vielerorts monetäre Ansätze im Mittelpunkt, die mit Armutsgrenzen arbeiten, seien es im Bereich der absoluten Armut jene der Weltbank von einem oder zwei US-Dollar am Tag oder im Bereich der relativen Armut, jene von sechzig Prozent des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an

weiteren Herangehensweisen und Konzepten in der Armutsforschung, so etwa der Capability Ansatz, der Lebenslagenansatz oder das vor allem in Europa verbreitete Konzept der sozialen Exklusion (HILLS, LE GRAND und PICHAUD 2002; LEßMANN 2007). Es ist somit auch für einen philosophischen Zugang zur Armut notwendig, sich innerhalb dieser Vielfalt zu bewegen, die sowohl Nachteile, etwa der Vergleichbarkeit von Erkenntnissen, aber auch Vorteile, nämlich die Betonung der Multidimensionalität und Komplexität von Armut, besitzt. Die konzeptionelle Vielfalt wirkt sich auch auf die Politiken der Armutsminderung aus, die auf Grundlage des einen Ansatzes eine Strategie verfolgt, die die auf Grundlage eines anderen Ansatzes erkannten Problemlagen nicht adäquat abdeckt.

Da es nicht möglich sein wird im Rahmen dieses Beitrages auch nur ansatzweise diese Vielfalt adäquat behandeln zu können, werde ich mich auf ein Konzept von Armut konzentrieren und zwar jenes der materiellen Deprivation. Der theoretische Hintergrund dieses Konzeptes liegt einerseits in einem relativen Ansatz, also der Einsicht, dass Armut relativ im Kontext einer Gesellschaft zu verstehen ist und andererseits in der Erkenntnis, dass Armut sich nicht in monetärer Armut erschöpft und die Forschung daher einen breiteren Ansatz wählen muss. Damit soll auch die Multidimensionalität von Armut besser abgebildet und gemessen werden können. Materielle Deprivation kann zusammengefasst so verstanden werden, dass jemand nicht in einem als notwendig erachteten Maße am gesellschaftlichen Leben partizipieren kann. Dies ist zunächst einmal gänzlich unabhängig von der jeweiligen finanziellen Ausstattung des Einzelnen oder des Haushaltes zu sehen. Es geht also nicht darum, wie viel Einkommen jemand hat, sondern, ob er am gesellschaftlichen Leben partizipieren kann. Materielle Deprivation steht in einem Naheverhältnis zum Konzept der sozialen Exklusion, welches allerdings einen sehr viel weiteren Kreis von sowohl nicht-monetären als auch nicht-materiellen Bedingungen von Armut umfasst. Es geht aber beiden um Zugehörigkeit, Citizenship und Partizipation als maßgebliche Kategorien (TOWNSEND 1993).

Dieses allgemeine Konzept muss nun methodisch und inhaltlich gefüllt werden, um materielle Deprivation bestimmen, messen und bekämpfen zu können. Hier ist die Frage nach den Indikatoren entscheidend, welche immer wieder Gegenstand der Debatte sind. Die Europäische Union verwendet zwei Indikatoren, die im Hinblick auf neun Grundgüter gebildet werden (FUSCO, GUIO und MARLIER 2010; NOLAN und WHELAN 2010). Einmal die Deprivationsrate, die das unfreiwillige Fehlen von mindestens drei dieser Grundgüter beschreibt und andererseits die Intensität der Deprivation, die beschreibt wie viele Grundgüter fehlen. Der erste Indikator umfasst also alle Personen, denen mindestens drei Grundgüter fehlen, der zweite die durchschnittliche Anzahl der Grundgüter, die diesen Personen fehlen. Alle Grundgüter haben dabei dasselbe

Gewicht und werden als gleich wichtig für einen angemessenen Lebensstandard erachtet. Die Liste der Grundgüter umfasst zur Zeit folgende neun:

1. es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten;
2. es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben (bis zur Höhe von 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens) zu tätigen;
3. es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren;
4. es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten;
5. es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen;
6. ein PKW ist finanziell nicht leistbar;
7. eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar;
8. ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar;
9. ein Telefon oder Handy ist finanziell nicht leistbar.

Die Auswahl dieser Güter, die auf den ersten Blick wahrscheinlich relativ willkürlich erscheint, basiert dabei im Grunde auf den Einschätzungen der Bevölkerung und von Expertinnen und Experten. Sie werden also im Rahmen von Studien wie dem Eurobarometer erhoben und durch weitergehende Analysen erhärtet, getestet und verfeinert. Es gibt dabei vier allgemeine Kriterien, denen sie entsprechen müssen (GUIO 2009). (a) Sie müssen den durchschnittlichen oder „normalen“ Lebensgewohnheiten der Bevölkerung entsprechen und von dieser als wirklich notwendig angesehen werden, (b) sie müssen international vergleichbar sein, also in allen Ländern einen ähnlichen Stellenwert besitzen, (c) sie müssen Vergleiche über die Zeit ermöglichen, also eine relative Konstanz aufweisen, und (d) sie müssen auf die Veränderung des Lebensstandards reagieren bzw. diesen widerspiegeln. Obwohl die Grundgüter also relativ stabil sein sollen und nicht innerhalb kürzester Zeit ihren Stellenwert radikal verlieren dürfen, ist die Liste immer wieder anzupassen, um auf Veränderungen im Lebensstandard oder neue gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen zu reagieren und diese adäquat abzubilden. Dies ist jedoch niemals vollständig möglich, da nicht nur die Unterschiede zwischen einzelnen Gesellschaften, sondern auch innerhalb der Gesellschaften zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr groß sein können. Die ausgewählten Grundgüter stellen somit immer auch einen Kompromiss dar zwischen den jeweils gestellten Ansprüchen und Zielen, welche in diesem Fall vor allem auf die Nutzung im Rahmen einer international vergleichenden Armutsforschung ausgerichtet ist. Im Rahmen einer bloß nationalen oder regionalen Armutsforschung, die etwa materielle Deprivation in ländlichen Gebieten Österreichs erheben will, könnte diese Liste also durchaus anders aussehen.

Diese Grundgüter sind dabei aber, wie der Ansatz der materiellen Deprivation insgesamt, nichtsdestotrotz relativ, also keine Grundgüter im Sinne von

absoluter Armut. Sie sind Grundgüter für ein angemessenes und sozial akzeptiertes Leben in der Europäischen Union, und reflektieren den Wohlstand in diesen Gesellschaften. Es ist offensichtlich, dass der Besitz eines Autos oder eines Farbfernsehers nicht kontextunabhängig materielle Deprivation anzeigen kann, waren diese doch noch vor fünfzig, sechzig Jahren auch in der Europäischen Union nicht weit verbreitet.

It is important to note that this material deprivation indicator is still a relative rather than an absolute measure: it is only by rich country standards that the lack of a colour television or a car or a week's holiday away from home (all counted as deprivations in the EU's indicator) could be regarded as signs of inadequate living standards. This reflects the standing of even the poorest countries in the EU as members of the rich world: Romania and Bulgaria, for example, the two poorest EU states, rank among the top third of nations in the world on the UNDP's Human Development Index and the World Bank classifies them as „upper middle income“ countries (FAHEY 2010: 13).

Materielle Deprivation ist nun auch kein universales Konzept, beansprucht also nicht, alle Dimensionen und Prozesse von Armut und sozialer Exklusion abzubilden. Die beiden hier beschriebenen Indikatoren sind vielmehr Teil eines umfangreicheren und komplexeren theoretischen und methodischen Zugangs. Materielle Deprivation zeigt zwar eine schwerwiegende Problemlage an, die Abbildung und Messung von Armut und sozialer Exklusion bedarf jedoch eines Zusammenspiels mit anderen Indikatoren wie Einkommensarmut oder Arbeitslosigkeit (ATKINSON und MARLIER 2010a). Materielle Deprivation erlaubt bestimmte Mängel aufzudecken, die nicht durch Einkommensarmut abgebildet werden, erfasst aber selbst ebenfalls nur einen Ausschnitt der Prozesse von Armut und sozialer Exklusion. Bildungsarmut, Wohnungsnot oder gesundheitliche Beeinträchtigungen werden durch ihn zum Beispiel nicht abgedeckt, obwohl diese eine bedeutende Rolle spielen. Nichtsdestotrotz ist das Konzept der materiellen Deprivation für das Vorhaben dieses Beitrages geeignet, da es wichtige Einsichten in die Prozesse von Armut und sozialer Exklusion liefert.

Wie steht es nun um die Verbreitung von materieller Deprivation in der Europäischen Union, ist diese überhaupt ein Problem oder nur die Ausnahme? Es ist hier angebracht, in wenigen Zügen, die aktuellen Zahlen für das Jahr 2010 der European Community Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) darzustellen, um das Problem überhaupt in den Blick zu bekommen. Die Deprivationsrate weist große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Europäischen Union auf. In der gesamten Europäischen Union lag sie 2010 bei 17,4% und sie steigt im Zuge der Finanzkrise. Während sie etwa in Luxemburg (4,1%) und Schweden (3,9%) relativ niedrig ist, ist sie in den neueren Mitgliedsländern sehr viel höher und liegt in Bulgarien und Rumänien bei knapp oder sogar über 50%. Materielle Deprivation besitzt auch eine andere Verbreitung als Einkommensarmut. So sind in Lettland 'nur' 21,3% einkommensarm, während

46,1% materiell depriviert sind. Ähnliche Verhältnisse sind auch in Bulgarien, Ungarn oder der Slowakei zu finden. Auch die Intensität der materiellen Deprivation ist in den neueren Mitgliedsstaaten höher. Diese Zahlen, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Problem darstellen, machen schon deutlich, dass es sich bei materieller Deprivation nicht nur um ein schwerwiegendes, sondern auch um ein in der Europäischen Union weit verbreitetes Problem handelt. Dass materielle Deprivation in den neueren Mitgliedsländern, aber auch in Portugal oder Griechenland, sowohl weiter verbreitet ist als in den solchen Ländern wie Deutschland, Schweden oder Norwegen als auch Einkommensarmut in diesen Ländern selbst, zeigt nochmals den Sinn dieses Indikators an. Während Einkommensarmut relativ zu den jeweiligen nationalen Einkommen ist, ist materielle Deprivation ein für alle Mitgliedsstaaten einheitlicher Indikator, der sowohl die Unterschiede zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder deutlich zu Ausdruck bringt.

MATERIELLE DEPRIVATION UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die Frage dieses Beitrags nach dem normativen Gehalt von materieller Deprivation lässt sich vor dem Hintergrund von Millers *Grundsätze sozialer Gerechtigkeit* so formulieren: Ist materielle Deprivation sozial ungerecht, indem sie eines oder mehrere der drei Prinzipien der Gerechtigkeit verletzt? Im Folgenden wird diese Frage bejaht und einige, wenn nicht abschließende so aber doch überzeugende Argumente, für diese Antwort vorgebracht werden. Dabei wird sowohl auf Ebene des Konzeptes von materieller Deprivation als auch auf Ebene damit verbundener empirischer Erkenntnisse argumentiert.

Im Grundriss basiert soziale Gerechtigkeit für Miller auf dem Zusammenspiel von drei unterscheidbaren aber in der Praxis überlappender Prinzipien (MILLER 2008, Kap. 2). Sie orientieren sich an drei grundlegenden Arten sozialer Beziehungen. Das Bedürfnisprinzip, welches in solidarischen Gemeinschaften (*solidaristic communities*), das Verdienstprinzip, welches in Zweckverbänden (*instrumental associations*) und die Gleichheitsidee, welche in der Staatsbürgerschaft (*citizenship*) ihre jeweilige Entfaltung findet. Miller entwickelt diese drei Prinzipien sowie ihre Anwendungsfelder einerseits entlang der Sichtung von Ergebnissen der empirischen Gerechtigkeitsforschung und bindet sie damit auch zurück an das Alltagsverständnis der Menschen, andererseits will er die unterschiedlichen Grundformen sozialer Beziehungen (*modes of human relations*) einholen und zeigen, dass die jeweiligen Gerechtigkeitsprinzipien in diesen praktikabel und passend sind.

Zwei andere Zugänge zur sozialen Gerechtigkeit stützen ein solches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als Zusammenspiel unterschiedlicher Dimensionen oder Prinzipien. Einmal ist es möglich, Bedarf, Verdienst und Gleichheit nicht hinsichtlich sozialer Beziehungsformen zu unterscheiden, sondern auf

unterschiedliche Dimensionen von Subjektivität zu beziehen. Diese wäre eine anerkennungstheoretische Interpretation und Fundierung von Millers Ansatz, wie er von Axel Honneth angedeutet, aber bisher nicht ausführlich expliziert wurde (HONNETH 1994; HONNETH 2008). Bedarf, Verdienst und Gleichheit korrelieren mit den drei Modi der Anerkennung von personaler Zuwendung, sozialer Wertschätzung und kognitiver Achtung. In ihnen werden jeweils unterschiedliche Gerechtigkeitsforderungen und -ansprüche deutlich, da sie die intersubjektiven Bedingungen von Identität und Subjektivität bilden.

Ein weiterer Zugang ergibt sich aus einer Interpretation grundlegender Rechte und deren empirischer Überprüfung, wie sie von Richard Hauser und Irene Becker für den deutschen Wohlfahrtsstaat vorgelegt wurde (BECKER und HAUSER 2009). Sie unterscheiden ausgehend vom Sozialstaatsprinzip des deutschen Grundgesetzes drei Dimensionen von sozialer Gerechtigkeit in Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, die weite Überschneidungen mit derjenigen Millers haben, als grundgesetzliche Verpflichtungen und Maßstäbe für die konkrete Ausgestaltung von Politik. Quer zu diesen drei Dimensionen verstehen sie Generationengerechtigkeit als die Aufgabe alle drei Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit nicht nur innerhalb einer Generation sondern auch zwischen den Generationen umzusetzen. Eine ähnliche dezisionistische oder auch rechtsphilosophische Interpretation von sozialer Gerechtigkeit ließe sich auch entlang anderer Verfassungen oder internationaler Übereinkünfte vornehmen.

Ebenso wie Armut ein multidimensionales und komplexes Phänomen ist, ist es soziale Gerechtigkeit. Auch wenn es im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich ist, die Differenzen und Übereinstimmungen all dieser drei Ansätze aufzuklären und in einen Begründungszusammenhang zu bringen, so wird hierdurch zumindest in ausreichendem Maße die Plausibilität eines solchen Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit in drei Formen, Prinzipien oder Dimensionen des Bedarfs, des Verdienstes oder der Leistung, sowie der Gleichheit deutlich. Diese werden daher im Folgenden für die Interpretation von materieller Deprivation herangezogen. Dabei können manche strittige Fragen, die sich aus Millers Werk ergeben, ausgeblendet werden, wie etwa ob soziale Gerechtigkeit über staatliche Grenzen hinaus erweiterbar ist, welche Verpflichtungen sich angesichts absoluter Armut stellen oder auch, welcher Form von Wohlfahrtsstaat — korporatistisch, sozialdemokratisch oder liberal — der Vorzug zu geben ist (ESPING-ANDERSEN 1990).

Bedarfsgerechtigkeit und materielle Deprivation

Das Bedarfsprinzip orientiert sich an zwei Formen menschlicher Bedürfnisse (MILLER 2008: Kap. 10). Zum einen an für alle Menschen relativ konstanten und ähnlichen Bedürfnissen, die sich aus seiner Existenz als bio-psychisches

Lebewesen ergeben. Dies kann man als die absolute Seite des Bedarfs verstehen, auch wenn diese selbst in sich relativ gebrochen ist. Zum anderen, und dies ist hier wichtiger, versteht Miller Bedarf relativ zur Gesellschaft, in der die Menschen leben. Bedarf orientiert sich also nicht nur an einem biologischen Minimum, sondern an den jeweiligen im Gemeinwesen akzeptierten und möglichen Standards eines angemessenen Lebens. Bedürfnisse konstituieren sich entlang sozialer Normen und sind in diesem Sinne auch in großem Maße kontextabhängig. Da Miller selbst nicht weiter entwickelt, wie solche legitimen Bedürfnisse zu bestimmen und von nichtlegitimen zu unterscheiden sind, greift er auf den *Capability Approach* von Sen zurück. Legitime Bedürfnisse konstituieren sich hinsichtlich solcher Fähigkeiten (*capabilities*) und Funktionen (*functionings*), die jedes Mitglied verwirklichen können soll, weil sie zu einem „menschwürdigen Leben“ in der jeweiligen Gesellschaft gehören (SEN 2010).

Materielle Deprivation stellt nun eine Verletzung dieses Prinzips dar. Diese bezeichnet, wie bereits ausgeführt, das Fehlen von eben solchen Grundgütern, die innerhalb einer Gesellschaft, hier der Europäischen Union, einen sozial akzeptierten Lebensstandard ausmachen. Sie erfüllen damit, wenn sie auch auf einem anders gelagerten Konzept von Armut beruhen als jenes des *capability approach*, die Intention von Miller, den legitimen Bedarf kontextabhängig und hinsichtlich wesentlicher Bestandteile und Voraussetzungen eines normalen menschlichen Lebens zu bestimmen. Doch ist materielle Deprivation in jedem Fall sozial ungerecht? Damit sind zwei mögliche Ursachen von materieller Deprivation angesprochen, die möglicherweise diese Einschätzung modifizieren können.

Der erste Fall ist die materielle Deprivation als Strafe. Hier wird man sagen müssen, dass gewisse Einschränkungen notwendig zu bestimmten Formen der Strafe gehören, wie etwa bei einem Aufenthalt in einem Gefängnis. Verurteilte Insassen werden keinen Zugang zu einem Auto haben, werden nicht Freunde zu einem Essen einladen können und sicher auch keinen Urlaub machen dürfen. Sie sind somit von bestimmten Grundgütern abgeschnitten, was aber eben gerade Teil ihrer Strafe ist. Andere Grundgüter, wie etwa der Zugang zu einem Telefon, saubere Wäsche, Wärme, ausreichende und nicht bloß minimale Verpflegung sowie der Zugang zu einigen Freizeitangeboten, stehen auch diesen zu. Auch Gefängnisinsassen sind noch immer Teil der Gesellschaft und partizipieren am relativen Wohlstand und zwar nicht aus bloß humanitären Gründen, sondern aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, da sie weiterhin legitime Bedürfnisse besitzen.

Der andere Fall sind Menschen, die selbstverschuldet materiell depriviert sind, weil sie etwa all ihre Habe am Spieltisch verloren oder sich mit der Hoffnung auf das schnelle Geld verspekuliert haben. Dieser Fall liegt anders als derjenige der Gefängnisinsassen, da diese Einschränkungen bzw. diese materielle Deprivation nicht Teil einer Strafe ist, zumindest nicht einer Verurteilung durch ein Gericht, sondern eine Lebenslage auf Grund viel schwieriger einzuschätzender Handlungen. Ist solchen Menschen zu helfen? Ja, auf jeden Fall. Ist ihre Situation aber

sozial ungerecht? Auch hier lautet die Antwort ja. Zunächst ist — und das ist für die politische Ebene besonders wichtig — festzuhalten, dass materielle Deprivation zu einem überwiegenden Teil nicht jene betrifft, die selbstverschuldet oder fahrlässig in diese Situation gekommen sind. Es sind vor allem Menschen, die unfreiwillig arbeitslos sind, Kinder und Jugendliche, die nicht für sich selbst sorgen können und Menschen, die im Niedriglohnsektor beschäftigt sind oder besondere Verpflichtungen haben, etwa gegenüber Angehörigen. Es ist also so, dass die Frage, ob die Situation von jemandem, der selbst verschuldet materiell depriviert ist, ebenso sozial ungerecht ist, wie die Situation von jemandem, der unverschuldet unter materieller Deprivation leidet, zwar durchaus theoretische und praktische Relevanz besitzt, jedoch nicht dazu Anlass gibt, davon auszugehen, dass beide Fälle gleich häufig auftreten würden.

Die Antwort, die ich vorschlage, ist nun, dass auch die Lebenslage all jener, die an ihrer materiellen Deprivation selbst schuld sind, sozial ungerecht ist, da auch sie weiterhin Mitglieder der Gesellschaft bleiben und ihre Bedürfnisse nicht dadurch verschwinden, dass sie diese auf Grund des eigenen Versagens nicht mehr befriedigen können. Das Bedarfsprinzip umschreibt eben genau jenen Bereich des Lebens in einer Gesellschaft, der als notwendiges Minimum angesehen wird und in der Regel keinem Menschen verweigert werden darf. Selbst all jenen, die ihre zweite, dritte und vierte Chance sich selbst in angemessener Weise zu erhalten, nicht wahrnehmen können oder wollen, steht es zu, dass ihnen ein solches menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.

Als Staatsbürger hat jeder Anspruch auf ein seine Grundbedürfnisse deckendes Einkommensniveau, damit er den Status des gleichberechtigten Bürgers wahrnehmen kann (MILLER 2008: 79).

Nur in solchen Ausnahmefällen, wie einem Gefängnisaufenthalt oder der Nichterfüllung bestimmter Voraussetzungen, die zum Wohle der Allgemeinheit eingeführt werden, wie etwa der Besitz eines Führerscheins für das Lenken eines PKW, ist hiervon in bestimmten Bereichen abzusehen. Es ist also legitim, Personen ohne Führerschein das Lenken eines PKW zu untersagen, obwohl ein PKW als sozial akzeptierter Standard angesehen wird. Weiters ist sicherlich auch die Hierarchisierung oder Abstufung der jeweiligen Grundgüter zu überlegen. Solche Grundgüter wie Wärme, Ernährung oder Möglichkeiten zu Aktivität und Freizeitgestaltung sind wohl vor jene des Urlaubs oder des Besitzes eines PKWs zu reihen.

Leistungsgerechtigkeit und materielle Deprivation

Das zweite Prinzip beschreibt Miller als jenes des Verdienstes (MILLER 2008: Kap. 7–9). Es kommt vor allem in ökonomischen Beziehungen und im Rahmen

von Märkten zur Geltung. In diesen treten die Menschen in Zweckbeziehungen zueinander und es ist der Gerechtigkeit Genüge getan, wenn alle bekommen, was sie auf Grund ihrer Leistung verdienen. Die Schwierigkeiten Leistung und Verdienst überhaupt sinnvoll zu bestimmen, räumt Miller zwar durchaus ein, er verteidigt aber dennoch die Vorzüge einer leistungsabhängigen Vergabe von Positionen oder Gütern gegenüber deren zufälliger Vergabe genauso wie gegenüber deren egalitaristischen Einebnung. Damit ist noch nichts über die Ordnung und Beurteilung verschiedener Leistungen gesagt, also ob etwa sportliche Erfolge oder Kindererziehung einen höheren Verdienst darstellen, sondern nur, dass es in Beziehungen, in denen es um die Verwirklichung instrumenteller Zwecke geht, Güter und Lasten auf Basis des Verdienstes und der Leistung und nicht etwa auf Basis der Bedürftigkeit vergeben werden sollten. Damit ist für ihn auch das Ideal einer 'Meritokratie' verbunden, in der Talent und Leistung über soziale Positionen und Verdienst entscheiden.

In einer solchen Gesellschaft haben die Menschen zwar nach wie vor ungleiche Lebenschancen; ihre gesellschaftlichen Institutionen sind aber auf das Ziel ausgerichtet, dass begehrte Posten auf Basis des Leistungsprinzips vergeben werden und nicht nach dem Zufallsprinzip oder nach askriptiven Merkmalen wie Ethnie oder Geschlecht oder durch die Machenschaften derer, die bereits Machtpositionen innehaben (MILLER 2008: 227).

Die Frage, wie der Status von selbstverursachter materieller Deprivation einzuschätzen ist, kann hier wieder aufgegriffen werden. Materielle Deprivation ist dann zwar eine Verletzung des Bedarfsprinzips entspricht aber dem Verdienstprinzip, da die Betroffenen eben nicht genügend Leistung erbringen, um sich die Grundgüter leisten zu können. Wenn dies der Fall ist, dann würde ein Konflikt zwischen zwei Gerechtigkeitsprinzipien vorliegen, der durch eine Gewichtung derselben gegeneinander aufzulösen ist. Tatsächlich liegt ein solcher aber nur partiell vor, weil materielle Deprivation hier auch als Verletzung des Verdienstprinzips verstanden wird. Die Betroffenen leisten nicht zu wenig, sondern verdienen zu wenig, obwohl sie genügend Leistung erbringen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben möglich machen sollte. Diese Frage ist nicht auf Ebene der Theorie befriedigend zu lösen, weshalb hier auch auf einige empirische Erkenntnisse zur materiellen Deprivation einzugehen ist. Zunächst aber kann festgehalten werden, dass das Verdienstprinzip selbst — je nach Perspektive — eingeschränkt oder erweitert werden muss und zwar zumindest für all jene Personengruppen, die nicht in der Lage sind sich selbst zu versorgen oder den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht gewachsen sind. Es ist doch sehr abwegig über all jene betroffenen Kinder und Jugendliche, Kranke und Pflegebedürftige oder Menschen mit Versorgungspflichten das Urteil zu fällen, sie wären legitimerweise materiell depriviert, weil sie zu wenig Leistung erbringen würden. Interessanterweise sind es aber genau diese Bevölkerungsgruppen, die besonders stark von materieller Deprivation betroffen sind (EUROPEAN COMMISSI-

ON 2008; ZAIDI, MAKOVEC, FUCHS, LIPSYC, LELKES, RUMMEL, MARIN und DE VOS 2006). Weiters sind Tätigkeiten im Niedriglohnbereich sowie in traditionellen Frauenberufen oder der Fürsorge und Pflege mit materieller Deprivation besonders eng verknüpft. Angelika Krebs hat in ihrer Studie zu Arbeit und Liebe auf anderer Grundlage die soziale Ungerechtigkeit dieser fehlenden Anerkennung herausgearbeitet (KREBS 2001). Kann über diese Bevölkerungsgruppen gesagt werden, sie würden eine zu geringe Leistung darstellen, als das sie einen Verdienst generieren sollten, der ein Leben ohne materielle Deprivation ermöglicht? Die Antwort ist, obwohl nicht empirisch durchgängig belegbar, doch eindeutig nein. Der größte Faktor für materielle Deprivation ist Arbeitslosigkeit bzw. das Fehlen durchgängiger Beschäftigung, daher soll auf diese hier kurz näher eingegangen werden. Alle Erkenntnisse über Arbeitslosigkeit weisen auf die hohe Motivation von Betroffenen, ebenso wie deren Bereitschaft Einschränkungen anzunehmen, hin. Es ist einfach unrichtig, dass diese nicht dazu fähig oder willens wären, Leistung zu erbringen. Nach einer neueren Studie des Instituts für Arbeit stimmen in Deutschland 76,4% der Bezieherinnen und Bezieher einer Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) der Aussage zu, dass Arbeit das Wichtigste im Leben sei. Die Referenzgruppe derjenigen, die keine Grundsicherung beziehen, befürworteten diese Aussage immerhin noch mit 71,1% (BESTE, BETHMANN und TRAPPMANN 2010). Arbeitslose sind nach diesen Erkenntnissen auch zu weiten Teilen bereit, unter ihrem Qualifikationsniveau zu arbeiten, einen Arbeitsweg von mehr als einer Stunde oder Belastung wie Lärm, Schmutz oder körperliche Anstrengungen auf sich zu nehmen. Arbeitslose sind also in der überwiegenden Mehrzahl unfreiwillig arbeitslos und werden an der Ausübung einer Arbeit durch die Strukturen und Bedingungen des Arbeitsmarktes gehindert. Hier kann dann nicht von 'verdienter' Arbeitslosigkeit gesprochen werden. Clemens Sedmak hat die tragische Semantik von Arbeitslosigkeit treffend als soziale Pathologie beschrieben.

Arbeitslosigkeit wird durch das Versprechen der Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt und den darauf aufbauenden Druck verwaltet. Damit wird die Desideratsbedingung Arbeitslosigkeit mit dem Anerkennen des Systems 'Arbeitsmarkt' verknüpft. Gleichzeitig wird aber dieses System durch Arbeitslosigkeit ermöglicht. In einer 'postfordistischen Gesellschaft', die durch ein Ende der Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist, werden mehr und mehr Menschen erzeugt, deren Identität darin besteht, 'überflüssig' zu sein (SEDMAK 2009: 161).

Ebenso haben all jene, die arbeiten, aber zu wenig verdienen, es verdient von ihrer Arbeit ein Leben ohne materielle Deprivation führen zu können (BECKE, BLESES, RITTER und SCHMITT 2010). Die Abwertung und Unterbezahlung von bestimmten Tätigkeiten, gerade auch solch gesellschaftlich wichtiger und notwendiger, wie der Fürsorge und Pflege, ist also sozial ungerecht und

kann nicht als Begründung dafür herangezogen werden, materielle Deprivation mit Hilfe des Verdienstprinzips zu rechtfertigen (HANZL-WEIß und VIDO-VIC 2010). Es gibt durchaus jene Menschen, die nicht willens sind zu arbeiten, deren Leistung fraglich erscheinen mag — auch hier ist es aber meist nicht so eindeutig — sie stellen aber die kleine Ausnahme dar und auch ihnen gebührt angesichts des Bedarfsprinzips eine Unterstützung, um ein Leben ohne materielle Deprivation führen zu können.

Die Idee der Gleichheit

Millers drittes Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ist jenes der Gleichheit, welches in einem Verband von Staatsbürgern zur Anwendung kommen sollte (MILLER 2008: Kap. 11). Darin eingeschlossen sind die Rechte und Pflichten sowie Freiheiten und Möglichkeiten der politischen Partizipation, die jedem Staatsbürger gleichermaßen zukommen, ebenso wie soziale Rechte, die den Status als Staatsbürger und die Ausübung der damit verbundenen Freiheiten und Rechte absichern. In diesen Fällen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, alle Menschen bzw. Staatsbürger gleich zu behandeln. Hier unterscheidet Miller die distributive Gleichheit von der „Statusgleichheit“ oder „sozialen Gleichheit“. Während erstere auf die strikte Gleichverteilung von Gütern und Lasten zwischen Staatsbürgern abzielt, bezieht sich die zweite Form der Gleichheit auf ein „Ideal der Gesellschaft“, in der sich die Staatsbürger als Gleiche respektieren und begegnen. Für Miller sollten Gesellschaften, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sehen, beide Arten der Gleichheit verfolgen.

Wenn wir wollen, dass unsere Gesellschaft egalitär ist, werden wir versuchen, unsere Verteilungsverfahren so zu gestalten, dass die Entstehung einer hierarchischen Gesellschaft vermieden wird; wir werden vor allem zu vermeiden versuchen, dass es in großem Maßstab und kumulativ zu einer ungleichen Verteilung von Chancen kommt, die es den Menschen erschwert, als Gleiche miteinander zu leben, obwohl sie in politischer Hinsicht alle als Gleiche definiert sind (MILLER 2008: 296).

Materielle Deprivation ist nun eine Verletzung dieses Prinzips und zwar sowohl der distributiven Gleichheit als auch der Statusgleichheit. Die Unfähigkeit sich fundamentale Güter leisten zu können, drückt für sich bereits eine Ungleichverteilung in der Gesellschaft aus. Dahingehend kann argumentiert werden, dass die im Indikator der materiellen Deprivation enthaltenen Grundgüter allen Mitgliedern einer Gesellschaft gleichermaßen zu gewähren sind und auf derselben Stufe wie allgemeine staatsbürgerschaftliche Rechte und Pflichten zu stellen sind. Formal sollte materielle Deprivation zwar keinen Einfluss auf die Rechte und Pflichten als Staatsbürger haben ebenso wie sie nicht mit anderen Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen verbunden sein sollte, in der Praxis ist dies jedoch sehr wohl der Fall. Zum einen ist materielle

Deprivation hier als das Resultat von solchen Strukturen zu verstehen, die der staatsbürgerschaftlichen Gleichheitsidee widersprechen, zum anderen ist es eine grundlegende Einsicht, dass zur Ausübung von Staatsbürgerschaft eine materielle Grundversorgung notwendig ist, ohne die Rechte und Pflichten überhaupt nicht wahrgenommen werden können (SHUE 1996). Honneth hat dies historisch-systematisch als die Herausbildung von Wohlfahrtsrechten auf Basis von Freiheitsrechten rekonstruiert (HONNETH 1994: 188ff.).

Die soziale Gleichheit ist durch materielle Deprivation besonders gefährdet bzw. wird sie dadurch verletzt. Materielle Deprivation ist mit Stress und vielfältigen Emotionen wie Ärger, Scham und einem Rückzug aus der Gesellschaft verbunden (GEBAUER, PETSCHAUER und VOBRUBA 2002; SALENTIN 2002). Sie bringt eine besondere Verletzbarkeit zum Ausdruck ebenso wie Gefühle der Minderwertigkeit. Menschen, die sich nicht einmal das Notwendigste leisten können und einen sozial akzeptierten Lebensstandard unterschreiten, sehen sich selbst und werden auch von anderen nicht als gleichwertig gesehen. Diese Ungleichheit, die sich in der Deprivation materialisiert, also sich am Fehlen von Grundgütern sichtbar und wahrnehmbar ausdrückt, bestimmt auch die Selbst- und Fremdwahrnehmung. Oft werden die Betroffenen im besten Falle noch als hilfsbedürftig angesehen, oft aber auch noch einmal zum Opfer gemacht, indem sie Attacken wegen ihrer angeblichen Faulheit ausgesetzt oder als Sozialschmarotzer verunglimpft werden (BUTTERWEGGE, LÖSCH und PTAK 2007). Im gesellschaftlichen und politischen, aber auch zum Teil im wissenschaftlichen Armutsdiskurs, ist diese Ungleichheit, die sich wahlweise paternalistisch oder aggressiv ausdrückt, ebenso präsent wie im privaten Umfeld und wird von vielen Betroffenen auch so wahrgenommen.

Gerechtigkeitstheorie und materielle Deprivation

Nachdem bisher gezeigt wurde, dass materielle Deprivation eine soziale Ungerechtigkeit hinsichtlich aller drei Prinzipien des Bedarfs, des Verdienstes und der Gleichheit darstellt, stellt sich die Frage, was mit diesem Befund erreicht ist. (a) Zunächst könnte gefragt werden, warum es überhaupt notwendig ist zu zeigen, dass materielle Deprivation sozial ungerecht ist. Könnte es nicht ausreichen, dass materielle Deprivation ohne jede philosophische Interpretation schlecht und leidvoll für die Betroffenen ist? (b) Und, eine zweite Frage, die hier behandelt werden soll, warum ist es sinnvoll zu zeigen, dass materielle Deprivation allen drei Gerechtigkeitsprinzipien widerspricht? Wäre es nicht ausreichend zu zeigen, dass diese dem Bedarfsprinzip zuwider läuft? (c) Und schließlich, drittens, ist zu fragen, was aus einem solchem Befund nun folgt, welche Konsequenzen er nach sich zieht? Was sagt uns dies eventuell über die Mittel und Wege, materielle Deprivation zu lindern oder über die Einrichtung der Gesell-

schaft? Ich glaube, dass alle diese drei Fragen miteinander zusammenhängen und sich ihre Beantwortung daher auch am besten dadurch erschließt, diesen Zusammenhang deutlich zu machen. Zunächst ist der Aufweis, dass materielle Deprivation sozial ungerecht ist, nicht einfach eine philosophische Spielerei, die ohne Verluste auch gelassen werden könnte. Es macht nämlich einen bedeutenden Unterschied, ob etwas einfach nur schlecht ist oder etwas ungerecht ist. Ist etwas sozial ungerecht, dann impliziert dies nämlich, dass dieser Zustand, diese sozialen Verhältnisse oder Prozesse wesentlich etwas mit einer gesellschaftlichen Fehlverteilung, nämlich der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Fähigkeiten oder Ähnlichem zu tun haben. Soziale Ungerechtigkeit ist nicht naturwüchsig, sie ist ein sozial konstituiertes Phänomen und damit ändert sich auch die Beurteilung und Wahrnehmung. Dies ist nun von entscheidender Bedeutung, sowohl für die Betroffenen als auch alle anderen verantwortlichen Personen und Institutionen. Wenn klar ist, dass es sozial ungerecht ist, wenn jemand materiell depriviert ist und nicht einfach nur schlecht oder vielleicht sogar dessen eigene Schuld ist, dann wird dies auch anders wahrgenommen und der Umgang verändert sich. Ebenso ist die Zuständigkeit und die Notwendigkeit zu helfen bzw. zu verändern, eine andere. Ist etwas naturwüchsig, dann ist es außerhalb der Macht des Menschen oder der Politik, ist jemand selbst schuld, dann gibt es gar keinen Grund zu helfen. Der Aufweis, dass materielle Deprivation ungerecht ist, ist somit damit verbunden, dass diese anders zu beurteilen, anders zu sehen und anders mit ihr umzugehen ist. Deshalb — und dies beantwortet die zweite Frage — ist es auch relevant worin diese Ungerechtigkeit genau besteht. Wird gezeigt, dass nicht nur der legitime Bedarf nicht gedeckt ist, sondern materielle Deprivation auch unverdient ist und die Gleichheitsidee eines demokratischen Wohlfahrtsstaates untergräbt, dann ist der Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen angezeigt. Es genügt dann nicht einfach den Bedarf zu stillen, sondern es muss auch die Verdienstgerechtigkeit wieder hergestellt werden und der Idee der Gleichheit Genüge getan werden. Damit ist auch der Horizont der dritten Frage beschränkt. Wenn materielle Deprivation etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat und hier nicht nur mit der Bedarfsgerechtigkeit, sondern vielmehr alle Dimensionen eines gerechten Zusammenlebens negativ beeinflusst, dann verlangt dies auch einen komplexeren und tiefergehenden Zugang zu Veränderungen.

Welche Konsequenzen aus dem hier vorgelegten Befund zu ziehen sind, bedarf nun einer eingehenderen Analyse als sie hier vorgelegt werden kann. Zum einen müssen hierfür detaillierte Erkenntnisse über die Ursachen von materieller Deprivation herangezogen werden. Weiters werden die jeweiligen sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle spielen, wenn es um die Ausbildung von Strategien geht. Für die Ebene der Europäischen Union ist es etwa so, dass Sozialpolitik im Rahmen der sogenannten offenen Koordinierung geplant und umgesetzt wird. Es gibt also zwar einheitliche Indi-

katoren und Ziele, die erreicht werden sollen, es ist jedoch jedem Mitgliedsstaat freigestellt, wie es diese erreichen bzw. umsetzen will. Es wäre aus diesen und weiteren Gründen vermessen im Rahmen dieses Beitrags sich auch noch dieser Problematik anzunehmen, auch wenn die Sozialphilosophie und politische Philosophie hier ihren Beitrag leisten kann und die gerechtigkeitstheoretische Analyse von materieller Deprivation einen Baustein hierfür darstellt.

KRITIK DER ARMUT ALS KERN DER PHILOSOPHISCHEN ARMUTSFORSCHUNG

Es lassen sich somit Argumente vorbringen, dass materielle Deprivation sozial ungerecht ist. Auch wenn dieser Befund detaillierter expliziert und sehr viel mehr sozialwissenschaftliches Material eingebracht werden kann, so zeigt die in diesem Beitrag vorgebrachte Analyse des Konzepts als auch der vorgebrachten empirischen Erkenntnisse, dass diese Bewertung stichhaltig ist. Zum Schluss dieses Beitrags wird nun eine erweiterte Perspektive eingenommen, welchen Beitrag die Sozialphilosophie oder politische Philosophie — speziell solcher gerechtigkeitstheoretischer Überlegungen — für die Armutsforschung im Allgemeinen sein kann. Es ist angesichts der Fülle und Produktivität philosophischer Auseinandersetzung mit dem Problem der weltweiten Armut offensichtlich, dass die Philosophie einen Beitrag zu diesen Debatten leisten kann. Im Rahmen der Frage von Armut und sozialer Ausgrenzung innerhalb von Wohlfahrtsstaaten ist dies aber bisher nicht systematisiert worden. Zumindest drei Fragekomplexe, die unterschieden aber nicht ohne Verluste voneinander getrennt werden können, lassen sich filtern.

(a) Es sind konzeptionelle und methodische Fragen, also was Armut eigentlich ist und wie sie verstanden werden kann. Hier ist es weniger das Ziel zu einer einmal feststehenden Definition von Armut zu gelangen, als vielmehr innerhalb der Vielfalt an Zugängen und Konzepten zu arbeiten. Nicht nur was Armut ist, sondern warum Armut einmal so verstanden wird und in anderen Kontexten wiederum anders. Was bedeutet es, Armut als soziale Exklusion zu konzipieren? Welche Interessen, normativen Wertungen und Überzeugungen sowie auch anvisierte Politiken, bestimmen den Armutsdiskurs. Hier ist eine kritische Funktion der Philosophie möglich und erforderlich. Auch um Armut und soziale Exklusion nicht auf Ebene der Armutsforschung und der Politik selbst zu reproduzieren.

A question remains: whose analysis and categories are to be privileged? These are largely 'ours', those of professionals who are not ourselves poor, expressed in 'our' language. The words, concepts, categories and priorities of poor people, especially illustrated by the way they were elicited and expressed in the *Voices of the Poor*, were rich and varied with commonalities. There are trade-offs to be puzzled over: between 'their' realities and ours; be-

tween local participatory diversity and commensurability for purposes of aggregation; and between many categories representing poor people's realities and fewer categories more manageable for outsider professionals and for measurement (CHAMBERS 2007: 38).

(b) Zweitens sind normative Fragen zu stellen, wie sie in diesem Beitrag im Vordergrund standen. Ist Armut schlecht, ist sie ein moralisches Übel oder ungerecht? Wie expliziert sind diese Fragen nicht bloße Anhängsel, sondern notwendig, wenn man Armut verstehen will. Was bedeutet es, dass es Armut im Wohlfahrtsstaat gibt, dass Menschen materiell depriviert sind? Erst wenn klar ist, welche normativen Wertungen mit Armut verknüpft sind, kann auch gesagt werden, wie mit Armut und den Betroffenen umzugehen ist. Der wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Diskurs über Arme ist durchsetzt von solchen Urteilen, die auch bei den Betroffenen ankommen, sei es durch politische Maßnahmen, Erfahrungen im Alltag oder über die Medien.

(c) Der dritte Komplex dreht sich um Fragen der Praxis, der Armutsminderung und Armutsreduktion auf verschiedenen Ebenen und durch unterschiedliche Akteure. Dieser Aspekt macht deutlich, dass es einer philosophischen Perspektive auf die Armut nicht nur darum gehen sollte, Armut zu verstehen, sondern auch darum, diese zu bekämpfen. Damit ist nicht die Vereinnahmung aller Forschung im Sinne eines Aktivismus oder gar die Festlegung auf bestimmte politische Positionen gemeint, das 'bloße' Forschungsinteresse ist durchaus legitim und ein nüchterner Blick oftmals vorteilhaft. Angesichts des Leids und der Ungerechtigkeit, die mit Armut auch in den Wohlfahrtsstaaten verbunden sind, sollten eine solche Perspektive und der Bezug auf die Praxis dennoch einen wichtigen Teil von philosophischer Armutsforschung sein. (d) Viertens kann die Behandlung der Fragen von Armut, sozialer Exklusion und materieller Deprivation im Rahmen einer breiter angelegten Sozialphilosophie und politischen Theorie den Fokus in der Armutsforschung erweitern. Anstatt sich nur auf Fragen des Messens zu konzentrieren, können Fragen nach den strukturellen Ursachen und dem sozialen Gewebe, in den diese Prozesse eingebettet sind, erörtert werden. Armut ist sichtlich nicht ein isolierbares Phänomen, welches unabhängig von der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, behandelt werden kann, selbst wenn die wissenschaftliche Forschung versucht, objektive Distanz zu wahren (HARRISS 2009).

Diese drei Fragekomplexe sind nun in mehrfacher Hinsicht miteinander verbunden bzw. beeinflussen sich gegenseitig. Konzeptionelle Fragen überlappen sich mit normativen, da es wohl kein normativ aufgeladenes Konzept von Armut geben kann. Im Sinne von Bernard Williams kann hier von Armut oder sozialer Exklusion als einem *thick concept* gesprochen werden (WILLIAMS 1985). Ebenso sind konzeptionelle und normative Fragen oftmals angetrieben durch das Bestreben Armutsreduktion und Armutspolitik besser oder effektiver gestalten zu können, wie auch wiederum dieser politisch-praktische Impuls auf

die konzeptionelle Ebene zurück wirkt. Philosophische Armutsforschung ist nun im Wesentlichen Kritik der Armut — nicht in einem bloß negativen Sinne, sondern in einem umfassenden — und zwar solche Kritik, die nicht artifiziiell bestehenden sozialwissenschaftlichen oder politischen Diskursen einfach angefügt wird, sondern Kritik als die lebendige Auseinandersetzung mit den Prozessen von Armut, sozialer Ausgrenzung oder materieller Deprivation. Dieser Beitrag konnte nur einen kleinen Ausschnitt daraus abdecken.

LITERATUR

- ALCOCK, Pete (2006): *Understanding Poverty*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- ATKINSON, Anthony B. und MARLIER, Eric (2010a): Living Conditions in Europe and the Europe 2020 Agenda. [In:] Anthony B. ATKINSON und Eric MARLIER (Hrsg.): *Income and Living Conditions in Europe*. Eurostat Statistical Books. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 21–35. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-31-10-555 (Zugegriffen: 02.10.2011).
- ATKINSON, Anthony B. und MARLIER, Eric (Hrsg.) (2010b): *Income and Living Conditions in Europe*. Eurostat Statistical Books. Luxembourg: Publications Office of the European Union. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-31-10-555 (Zugegriffen: 02.10.2011).
- BARRY, Brian (2002): Social Exclusion, Social Isolation and the Distribution of Income. [In:] John HILLS, Julian LE GRAND und David PIACHAUD (Hrsg.): *Understanding Social Exclusion*. Oxford: Oxford University Press, 13–29.
- BECKE, Guido, BLESES, Peter, RITTER Wolfgang und SCHMITT, Sandra (Hrsg.) (2010): „Decent Work“. *Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BECKER, Irene und HAUSER, Richard (2009): *Soziale Gerechtigkeit — ein magisches Viereck. Zeitdimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde*. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 104. Berlin: Edition Sigma.
- BELL, David A. und DE-SHALIT, Avner (Hrsg.) (2003): *Forms of Justice. Critical Perspectives on David Miller's Political Philosophy*. Lanham: Rowman and Littlefield.
- BESTE, Jonas, BETHMANN, Arne und TRAPPMANN, Mark (2010): *Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft: ALG-II-Bezug ist nur selten ein Ruhekitzen*. IAB-Kurzbericht. Nürnberg. <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1510.pdf> (Zugegriffen: 06.05.2011).
- BUTTERWEGGE, Christoph, LÖSCH, Bettina und PTAK, Ralf (2007): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- CHAMBERS, Robert (2007): *Poverty Research: Methodologies, Mindsets and Multidimensionality*. Working Paper. Brighton: Institute of Development Studies. <http://www.ids.ac.uk/download.cfm?file=wp293.pdf> (Zugegriffen: 12.04.2011).
- ESPING-ANDERSEN, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge—Malden (Mass.): Polity Press.
- EUROPEAN COMMISSION (2008): *Child Poverty and Well-Being in the EU: Current Status and Way Forward*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

- FAHEY, Tony (2010): *Poverty and the Two Concepts of Relative Deprivation*. 14. Working Paper Series. Dublin: UCD School of Applied Science. www.ucd.ie/t4cms/wp15%20fahey.pdf (Zugegriffen: 01.06.2011).
- FUSCO, Alessio, GUIO, Anne-Catherine und MARLIER, Eric (2010): Characterising the Income Poor and the Materially Deprived in European Countries. [In:] Anthony B. ATKINSON und Eric MARLIER (Hrsg.): *Income and living conditions in Europe*. Eurostat Statistical Books. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 133–153. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-31-10-555 (Zugegriffen: 2.10.2011).
- GEBAUER, Ronald, PETSCHAUER, Hanna und VOBRUBA, Georg (Hrsg.) (2002): *Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt*. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 40. Berlin: Edition Sigma.
- GUIO, Anne-Catherine (2009): *What Can Be Learned from Deprivation Indicators in Europe*. Eurostat Methodologies and Working Papers. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFF-PUB/KS-RA-09-007/EN/KS-RA-09-007-EN.PDF (Zugegriffen: 23.06.2010).
- HANZL-WEIß, Doris und VIDOVIC, Hermine (2010): *Working Poor in Europe*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hrsg.). Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. <http://www.eurofound.europa.eu/docs/ewco/tn0910026s/tn0910026s.pdf> (Zugegriffen: 05.12.2010).
- HARRISS, John (2009): Bringing Politics Back into Poverty Analysis: Why Understanding Social Relations Matters More for Policy on Chronic Poverty than Measurement. [In:] Tony ADDISON, David HULME und Ravi KANBUR (Hrsg.): *Poverty Dynamics: Interdisciplinary Perspectives*, Oxford — New York: Oxford University Press, 205–224.
- HILLS, John, LE GRAND, Julian und PIACHAUD, David (Hrsg.) (2002): *Understanding Social Exclusion*. Oxford: Oxford University Press.
- HONNETH, Axel (1994): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- HONNETH, Axel (2008): Philosophie als Sozialforschung. Die Gerechtigkeitstheorie von David Miller. [In:] David MILLER: *Grundsätze sozialer Gerechtigkeit*. Theorie und Gesellschaft 58. Frankfurt am Main — New York: Campus, 7–25.
- KREBS, Angelika (2001): *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- LEßMANN, Ortrud (2007): *Konzeption und Erfassung von Armut: Vergleich des Lebenslage-Ansatzes mit dem „Capability“-Ansatz*. Berlin: Duncker und Humblot.
- MACK, Elke, SCHRAMM, Michael, KLASSEN, Stephan und POGGE, Thomas (Hrsg.) (2009): *Absolute Poverty and Global Justice: Empirical Data, Moral Theories, Initiatives*. Farnham—Burlington: Ashgate.
- MILLER, David (2007): *National Responsibility and Global Justice*. Oxford — New York: Oxford University Press.
- MILLER, David (2008): *Grundsätze sozialer Gerechtigkeit*. Theorie und Gesellschaft 58. Frankfurt am Main — New York: Campus.
- NEUHÄUSER, Christian (2010): Zwei Formen der Entwürdigung: Relative und absolute Armut. *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 96, 4, 542–556.
- NEUHÄUSER, Christian und MÜLLER, Julia (2011): Relative Poverty. [In:] Paulus KAUFMANN, Hannes KUCH, Christian NEUHÄUSER und Elaine WEBSTER (Hrsg.):

- Humiliation, Degradation, Dehumanization: Human Dignity Violated*. Dordrecht — New York: Springer, 159–172.
- NOLAN, Brian und WHELAN, Christopher T. (2010): Using Non-Monetary Deprivation Indicators to Analyze Poverty and Social Exclusion: Lessons from Europe?. *Journal of Policy Analysis and Management* 29, 2 (December), 305–325.
- POGGE, Thomas und MOELLENDORF, Darrel (Hrsg.) (2008): *Global Justice: Seminal Essays*. St. Paul (MN): Paragon House.
- SALENTIN, Kurt (2002): *Armut, Scham und Stressbewältigung: Die Verarbeitung ökonomischer Belastungen im unteren Einkommensbereich*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- SEDMAK, Clemens (2009): Menschenwürdige Arbeitslosigkeit. [In:] Thomas BÖHLER, Otto NEUMAIER, Gottfried SCHWEIGER und Clemens SEDMAK: *Menschenwürdiges Arbeiten. Eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 133–192.
- SEN, Amartya (2010): *Die Idee der Gerechtigkeit*. München: Beck.
- SHUE, Henry (1996): *Basic Rights. Subsistence, Affluence, and U.S. Foreign Policy*. Princeton (NJ): Princeton University Press.
- TOWNSEND, Peter (1993): *The International Analysis of Poverty*. London — New York: Harvester Wheatsheaf.
- WHO und UNICEF (2010): *Progress on Sanitation and Drinking-water 2010 Update*. Geneva: World Health Organization and UNICEF. http://whqlibdoc.who.int/publications/2010/9789241563956_eng_full_text.pdf (Zugegriffen: 16.05.2011).
- WILLIAMS, Bernard (1985): *Ethics and the Limits of Philosophy*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- WORLD BANK (2011): *World Development Indicators 2011*. Washington: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/wdi_ebook.pdf (Zugegriffen: 16.05.2011).
- ZAIDI, Asghar, MAKOVEC, Mattia, FUCHS, Michael, LIPSZYC, Barbara, LELKES, Orsolya, RUMMEL, Marius, MARIN, Bernd und DE VOS, Klaas (2006): *Poverty of Elderly People in EU25*. Vienna: European Centre for Social Welfare Policy and Research. http://www.euro.centre.org/data/1159256302_97834.pdf (Zugegriffen: 10.04.2008).